

## Rede vom 15. Oktober 2008, Finanzmarktstabilisierung

Frau Präsidentin! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen!

Lassen Sie uns doch am Anfang über jemanden reden, über den heute noch nicht geredet worden ist,

nämlich über den Bürger. (Dr. Peter Ramsauer [CDU/CSU]: Haben Sie nicht zugehört? – Weiterer Zuruf von der SPD: Darüber haben wir schon viel gesagt!)

Wir alle haben in den letzten Tagen und Wochen sehr viele Gespräche mit unseren Wählern geführt. Es ist doch bemerkenswert, wie viel Angst die Bürger haben. Den Bürgern gebührt – das sollte man einmal deutlich sagen – Lob dafür, dass sie sich trotz dieser Finanzkrise bisher so vernünftig verhalten haben. Auch das sollten wir hier einmal festhalten, und wir sollten darum bitten, dass sie sich weiterhin so verhalten. (Beifall bei der FDP sowie der Abg. Bettina Hagedorn [SPD])

Es geht um die Verantwortung, die wir als Politik haben und die wir wahrnehmen wollen, es geht aber auch darum, **Vertrauen** zu schaffen. In der letzten Zeit ist einiges Vertrauen durch Kommunikationsfehler kaputtgemacht worden. Lassen Sie uns bitte an der Wiederherstellung des Vertrauens arbeiten, gerade vonseiten der Regierung, aber auch vonseiten der Koalitionsfraktionen. Soeben haben wir die Aussage über Herrn Tietmeyer gehört. Wir dürfen nicht schon wieder neue Kommunikationsprobleme erzeugen, sodass sich der Bürger fragt, was wir eigentlich wollen. Das muss bis Freitag ein Ende haben. Dann muss ein Ergebnis vorliegen, das wirklich ein Rettungspaket ist. Alles andere wäre für diesen Staat nicht richtig;

(Beifall bei Abgeordneten der FDP) denn sonst würde ein wichtiger Pfeiler unseres Gemeinwesens,

nämlich die soziale Marktwirtschaft, die der wichtigste Pfeiler in unserem Wirtschaftssystem ist, zerstört. Das dürfen wir auf keinen Fall zulassen; denn sonst würde unsere Demokratie wirklich gefährdet werden. (Beifall bei der FDP)

Aber was Sie, Herr Lafontaine, hier mit Empörung gesagt haben, ist der Versuch, Klassenkampf zu propagieren. Sie sagten, dass dann, wenn bei der Rente und bei Hartz IV nicht so entschieden wird, wie Sie es wollen, hier keine Demokratie sei. Das ist unverantwortlich. (Beifall bei der FDP, der CDU/CSU und der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN) So etwas kann man nicht machen. Demokratie heißt, dass die Mehrheit entscheidet. Wenn dem so ist, dann muss man die Entscheidung hinnehmen. Man kann nicht dann, wenn einem die Entscheidung nicht passt, sagen, das sei keine Demokratie. So können Sie hier in diesem Plenum nicht reden. (Zuruf des Abg. Oskar Lafontaine [DIE LINKE])

Sie, Herr Lafontaine, sagen, dieses Paket würde für jemanden geschaffen. Dieses Paket wird geschaffen, um den Grundpfeiler, die soziale Marktwirtschaft, zu erhalten. Es wird geschaffen, damit für Rentner, Hartz-IV Empfänger und die Schwachen in unserer Gesellschaft ausreichend Geld da ist. Nichts anderes ist der Grund, warum wir das tun. (Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

Die FDP begrüßt ausdrücklich, dass es eine internationale **Koordination** gegeben hat. Das ist nicht schlecht gewesen, Herr Minister. Sie hätten die Maßnahmen aber auch mit dem Bundesrat – die Bank ist jetzt wieder leer – besser koordinieren müssen. Da besteht noch Unklarheit. Auch in dieser Beziehung hätten Sie mehr tun können. (Beifall bei Abgeordneten der FDP) Ich will aber auch den Ländern – wir haben gesehen, welche Vertreter der **Länder** in einer solch entscheidenden Phase hier sind; es sind nur noch wenige hier – klar sagen: Die Länder erhalten über 50 Prozent der Steuereinnahmen.

Wenn für die Länder gilt, dass sie beim Haben dabei sind, dann gilt für die Länder auch, dass sie beim Soll dabei sind. Das müssen die Länder klar sehen.  
(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD)

Über den Umgang mit dem Parlament ist viel gesagt worden. Ich hoffe, dass die Äußerungen des Kollegen Schneider nach dieser Sitzung im Haushaltsausschuss den entsprechenden Erfolg haben.

Der Umgang mit der **Bundesbank**, liebe Bundesregierung, scheint mir allerdings doch etwas zweifelhaft zu sein. Sie im Rahmen dieses Verfahrens teilweise sogar unter Rechtsaufsicht zu stellen, ist nach meiner Meinung mit einer unabhängigen Bundesbank nicht möglich. Die FDP wird sich dagegen wehren, dieses Gesetz dafür zu nutzen, diese Unabhängigkeit hier auch nur zu einem kleinen Teil anzukratzen. (Beifall bei der FDP)

Im Übrigen ist auch die Frage des **Insolvenzrechts** – die Justizministerin ist ebenfalls nicht mehr anwesend – nicht ganz klar. Hier mit einem Wisch das Insolvenzrecht auf Dauer nur deshalb zu ändern, um sich irgendwo an etwas anzupassen, wäre unverantwortlich. Wir können gern über eine Befristung diskutieren. Aber jetzt diese Gelegenheit zu nutzen, auch noch beim Insolvenzrecht in eine Richtung zu gehen, die für den Standort unverantwortlich ist, macht die FDP auf keinen Fall mit. (Beifall bei der FDP)

Herr Minister, Sie haben gesagt – das stimmt –, seit der Insolvenz von **Lehman** sei alles anders. Aber wie haben Sie sich denn nach der Lehman-Insolvenz, die am Montag, dem 15. September bekannt wurde, am 16. September verhalten?

Da haben Sie doch nicht gesagt, es sei ein Fehler gewesen, dass Lehman „pleitegegangen“ ist, sondern Sie haben gesagt: Das ist halt so, da seht ihr mal, die Amerikaner. Man muss also auch sehen, dass an dieser Stelle vonseiten der Regierung keine richtige Reaktion stattgefunden hat. Vielmehr hat man sich erst einmal gefreut, dass die Amerikaner den Mist haben, den sie von den Wurzeln her selber herbeigeführt haben. Von Ihnen war es jedenfalls nicht die richtige Reaktion. (Beifall bei der FDP)

Zur Aufgabe der **Konsolidierungsziele**, Herr Minister, Frau Bundeskanzlerin: Ich halte es schon für sehr bemerkenswert, dass man ohne Not aufgibt, was der Minister in einem Interview mit Herrn Müller-Vogg gesagt hat: Unser Etatziel eines ausgeglichenen Haushalts verlieren wir nicht aus den Augen – auch wenn es jetzt länger dauern dürfte. Sie kommen mir wie ein Wanderer vor, der vor sich einen Berg sieht – die Neuverschuldung abzubauen, ist wie die Besteigung eines steilen Berges – und sagt, er verliere den Berg nicht aus den Augen, gehe aber um ihn herum. Das ist nichts anderes als das, was Sie hier ankündigen.

Sie wissen genau, dass dazwischen eine Bundestagswahl stattfinden wird. Deswegen ist das im Moment nur weiße Salbe, die allerdings die Minister hinter Ihnen ermutigt, im Rahmen von Beratungen und von Pressearbeit immer wieder neue schöne Geschenke zu versprechen. Das darf nicht passieren, und ich erwarte, dass dem in den nächsten Wochen Einhalt geboten wird. (Beifall bei der FDP)

Schließlich zu der von uns angesprochenen und kritisierten **Exit-Strategie**: Bei der IKB, liebe Kolleginnen und Kollegen, haben wir gelernt, dass der Bund Verluste in Milliardenbeträgen hat, wenn er sich dauerhaft als Banker versucht. Dann sollten wir bitte, liebe Koalition, liebe Bundesregierung, denselben Fehler nicht noch einmal machen und auch nicht solchen Leuten wie Herrn Lafontaine im Verwaltungsrat der KfW die Möglichkeit geben, so etwas noch länger durchsetzen zu wollen. (Beifall bei der FDP – Oskar Lafontaine [DIE LINKE]: Das ist der größte Blödsinn aller Zeiten! Solch ein ahnungsloser Mensch setzt sich hier hin!)

Wir müssen wissen, wann und unter welchen wirtschaftlichen Bedingungen wir aus den Banken herauskommen werden. Dies kann nicht einer Regierung überlassen werden.

Meine Damen und Herren, der Staat als Banker wäre etwas völlig Falsches für unsere soziale Marktwirtschaft, die die Starken fördert, aber nicht als Selbstzweck, sondern um den Schwachen in unserer Gesellschaft zu helfen.

Dies wird unsere Aufgabe sein. Lassen Sie uns dies bis Freitag anpacken. Die FDP wird das Verfahren unterstützen, in der Sache weiter kritisch sein, aber auch hoffen, dass wir für die Bürger das erreichen, was sie in diesem Lande von der Regierung und dem Parlament erwarten können. Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP)